

"Diskriminierung ist für viele Alltag"

Das Kommunale Integrationszentrum hat gemeinsam mit der Universität eine Umfrage zum Thema Integration unter Tausenden von Bürgern durchgeführt. Was die Ergebnisse sind und wo es noch Verbesserungspotenzial gibt.

Henrike Buschmann

Bielefeld. Ob beim Einkaufen, beim Sport oder der Wohnungssuche: Durchschnittlich etwa ein Drittel der Bielefelderinnen und Bielefelder hat schon einmal Diskriminierung erlebt – vor allem im Alltag. "Das muss man ganz klar so sehen", sagt Sozialdezernent Ingo Nürnberger.

Diese Ergebnisse lieferte jetzt eine Umfrage, die das Kommunale Integrationszentrum gemeinsam mit der Universität durchgeführt und in den vergangenen Monaten ausgewertet hat. Ziel war es, repräsentative Einschätzungen von Integration und Diskriminierung in Bielefeld zu bekommen. Hierzu wurden insgesamt rund 6.900 Bielefelderinnen und Bielefelder zufällig angeschrieben, beteiligt haben sich an der Befragung schlussendlich rund 1.600 Men-

"Wir haben das Verfahren sperrig gewählt, weil wir möglichst repräsentative Ergebnisse haben wollten", sagt Jonas Rees vom Forschungsinstitut für Gesellschaftlichen Zusammenhalt der Universität. Außerdem sei das Ausfüllen der Umfrage neben Deutsch in

sechs anderen Sprachen möglich gewesen, um die Teilnahmequote zu erhöhen. "97 Prozent der Befragten haben aber auf Deutsch teilgenommen", sagt Rees.

Konkret beinhalteten die Bögen Fragen zum Diskriminierungserleben, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch zu Hürden, die Schwierigkeiten bereiten. Unter den Teilnehmern war ein Drittel mit eigener Einwanderungsgeschichte.

"Wenn wir das mit der Quote in ganz Bielefeld vergleichen, die bei etwa 45 Prozent liegt, haben wir eine sehr repräsentative Gruppe erreicht", sagt Nürnberger.

"Zunächst mal: 80 Prozent der Teilnehmer fühlen sich in Bielefeld wohl und der Großteil, also etwa 60 Prozent, schätztauch die kulturelle Vielfalt hier", sagt Nürnberger weiter. Aber gleichzeitig müsse man auch kritisch sehen: "Nur 28 Prozent der Befragten sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bielefeld nicht als gefährdet an."

Überraschend war laut Rees auch der Wunsch nach gegenseitiger Anpassung. Entgegen der Erwartungen haben sich mehr Teilnehmende mit eigener Einwanderungsgeschichte als solche ohne diesen Hintergrund dafür ausgesprochen, dass sich nach Deutschland Eingewanderte aktiver am gesellschaftlichen Leben beteiligen sollten. "Hier gibt es also einen gegenseitigen Wusch", sagt Rees.

Die Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass über die Hälfte der erlebten Diskriminierung potenziell rassistisch begründet ist. Über 30 Prozent wiederum finden aufgrund des Geschlechts statt. Wie die Befragten regelmäßig Diskriminierung erleben, zeigt sich in den Antworten. "Aufgrund meiner russischen Abstammunggab es Anfeindungen wegen des Ukrainekriegs", heißt es da. "Catcalling auf dem Nachhauseweg oder beim Joggen", lautet eine weitere Begründung.

33 Prozent der Menschen, die im Alltagsgeschehen Diskriminierung erlebt haben, hätten sich Unterstützung gewünscht. "Es zeigt sich aber auch, dass nur ein Viertel dieser Menschen tatsächlich bei den Beratungsstellen angekommen ist. Da müssen wir einfach noch präsenter werden und diese Hürden verkleinern", sagt Ingo Nürnberger. Für zunehmende Barrierefreiheit solle beispielsweise auch die Etablierung verschiedener Sprachen in Anschreiben und bei Beratungsstellen sorgen.

Und wie geht es nun weiter? "Die Umfrage soll keine Eintagsfliege bleiben. Wir brauchen regelmäßig Informationen und Input." Aber natürlich müsse auch im Alltag weiter Veränderung stattfinden. "Wir müssen weiter Handlungsansätze finden, genauer in die Stadtteile gucken und Stadtteilzentren gründen, um Begegnungen und Kontakte zu ermöglichen", sagt Nürnberger.

Im Vordergrund stehen soll auch weiterhin immer der Alltag. "Das ist uns wichtig. In den letzten Jahren hat es eine enorme Diskussionsverschiebung um das Thema Integration gegeben. In dieser Umfrage wird deswegen bewusst alltägliches Geschehen repräsentiert", sagt Rees.



Yann Rees und Jonas Rees (v.l.) von der Universität und Ingo Nürnberger, Sozialdezernent, stellen die Ergebnisse vor. Foto: Andreas Zobe